

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

301

Zweite Ausgabe.

Wien, am 28. September 1931.

Die Städte und das Steuerprogramm der Regierung.

Die Leitung des Städtebundes hat für Dienstag vormittag die Bürgermeister der grösseren Städte in das Wiener Rathaus zu einer Sitzung einberufen, die sich mit dem Spar- und Steuermassnahmen der Bundesregierung beschäftigen wird. Die grösseren Städte und die Industriegemeinden befinden sich infolge der Wirtschaftskrise in einer aussergewöhnlich schwierigen finanziellen Lage, die durch die zweimalige Erhöhung des Zinsfusses noch verschlimmert worden ist. Die Bemühungen des Städtebundes durch die Ausgabe von langfristigen Kommunalobligationen den Zinsfuss für die Gemeindeschulden zu senken und zu stabilisieren, scheiterten an dem Widerstand der Hypothekarinstitute in den Bundesländern. Die nunmehr von der Regierung dem Nationalrat am Mittwoch vorgeschlagene Kürzung der Bezüge der Gemeindeangestellten würde den Gemeinden nicht jene Entlastung bringen, die notwendig ist, um auch nur den Fürsorgeapparat im Winter aufrechterhalten zu können. Eine Reihe von Gemeinden hat übrigens mit den Organisationen der Angestellten bereits vor dem Bekanntwerden der Regierungsvorlage über die Bezugskürzung Verhandlungen über einen Abbau der Bezüge geführt, die vielfach vor dem Abschluss stehen. Die von der Regierung geplante Krisensteuer sowie die Verlängerung der erhöhten Biersteuer soll ausschliesslich dem Bund zufallen; eine Beteiligung der Gemeinden ist im Regierungsentwurf ebensowenig vorgesehen, wie bei der Erhöhung der Benzinsteuern von 13 auf 30 Groschen. Den Gemeinden werden also durch das Steuerprogramm der Regierung keinerlei neue Mittel zugeführt. Dagegen bringt die Einhebung der Verkehrssteuer für Autobusunternehmungen einer Reihe von Gemeinden eine sehr fühlbare Belastung.

Die Wünsche der Städtevertreter werden nach der Sitzung dem Bundeskanzler durch eine Abridung bekanntgegeben werden.